

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Jbstr. 15/17.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 M , Geschäfts-Anzeigen 15 M , doch ist bei Einblendung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 M . — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M . 1,20.

Normalarbeitstag und Achtstundebewegung.

I.

Die internationale Maidemonstration der Arbeiterklasse rückt den achtstündigen Normalarbeitstag und die Achtstundebewegung aufs Neue in den Mittelpunkt der Tagesfragen, und trotz der alljährlichen Wiederkehr dieser Propaganda und der damit verknüpften Aufklärung über die obige Forderung liegt nichts Näheres, als immer von Neuem in die Erörterung dieser bedeutungsvollen Frage einzutreten, nicht bloß, um das Interesse der Arbeiter für dieselbe wachzuhalten, sondern auch, um nach jedem Jahre Heerschau zu halten über die bisherigen Erfolge und den Stand der Bewegung, und um aus dem Verlauf der bisherigen Kämpfe taktische Anhaltspunkte für die weiteren Fortschritte zu gewinnen.

Mit Recht läßt sich behaupten, daß die Achtstundebewegung zum guten Theil mit den Kämpfen und Zielen der Gewerkschaftsbewegung zusammenfällt und sonach ein Hauptinteresse der Gewerkschaften bildet. Aber wäre die Erringung des Achtstundentages bloß eine reine Wirthschaftsfrage, so würde sie kaum Millionen von Herzen beleben und Abermillionen von Händen und Stimmen vereinigen, und die Forderung, diese Reform mit Gesetzeszwang durchzuführen, würde schwerlich an den Staat gerichtet und von diesem aufgeheißt werden. Aber gerade, weil die Achtstundebewegung keine bloße Wirthschaftsfrage, sondern auch eine Frage der öffentlichen Gesundheit, der Volksbildung und des allgemeinen Wohlbefindens, also eine Kulturfrage ersten Ranges ist, die auch mit gewerkschaftlichen Mitteln allein nicht gelöst werden kann, deshalb ergreift sie die Arbeiter und die wahrhaft Gebildeten aller Kulturnationen und deshalb tritt sie auch an die Gesetzgebungen heran, um immer gebieterischer und immer unausweichlicher ihre Lösung zu fordern. Sie ist eine jener großen Menschheitsfragen, die nicht trennen, sondern verbinden, die über den engen Bannkreis der einzelnen Aktionen und Bewegungen weit hinausreichen und an die Köpfe und Herzen Aller appellieren, und so wäre es auch sicher verfehlt, den Achtstundekampf in abstrakt gewerkschaftlichem Sinne aufzufassen und darunter nur den wirthschaftlichen Kampf für Arbeitsverkürzung verstehen zu wollen, jenen Spinnhustkampf, bei dem die Kräfte Stück für Stück das in günstiger Zeit Errungene wieder abträgt.

Aus den Jahrzehnte langen Kämpfen für Arbeitszeitverkürzung ist es den Gewerkschaften zur unumstößlichen Gewißheit geworden, daß auch die Gesetzgebung in diesem Bemühen zu Gunsten der Arbeiter eingreifen muß, um im allgemeinen Menschheits- und nicht zum Wenigsten auch im Staatsinteresse der intensiven Ausbeutung der Arbeiterklasse zeitliche Grenzen zu ziehen. Und in gleichem Maße wie das Kampffeld, ändert sich auch die propagandistische Taktik. Nicht etwa, daß die gewerkschaftliche Agitation und der wirthschaftliche Kampf für Arbeitszeitverkürzung von dieser Erkenntnis an überflüssig geworden wären — im Gegentheil, sie sind notwendiger als jemals geworden und müssen wie ein rother Faden alle Gewerkschaftsaktionen durchschlingen; aber gleichzeitig muß auch die politische Propaganda für den Achtstundentag in das Geleise der aktiven Tagespolitik geleitet werden und muß die sozialdemokratische Partei mit Hochdruck für die baldige Verwirklichung dieser Forderung eintreten, um damit den täglichen Gewerkschaftskämpfen einen besseren Stützpunkt, eine höhere Bedeutung und eine offizielle Weihe zu geben. Es müssen eben alle Kräfte zusammenwirken zu dem bestmöglichen und raschmöglichen Erfolge, und jede Aktion muß der anderen helfend und fördernd

zur Seite stehen, insbesondere dann, wenn die eine infolge ungünstiger Zeitverhältnisse aus der Angriffs- in die Abwehrstellung gedrängt ist.

Leider hat der letzte Gothaer Parteitag, dem namentlich die Parous'schen Vorschläge zur Entscheidung vorlagen, infolge ungenügender Vorbereitung die richtige Stellungnahme veräußert, und sich mit der Annahme einer inhaltslosen Resolution begnügt, die hinsichtlich der Achtstundebewegung Alles beim Alten läßt. Umso mehr erwächst uns daher die Aufgabe, diese Frage der Taktik bis zum diesjährigen Hamburger Parteitag gründlich zu erörtern und vorzubereiten, damit das im Vorjahr Veräußerte nachgeholt werde.

Nun hat zwar unsere Reichstagsfraktion zu keiner Zeit ihre Aufgabe vernachlässigt und noch vor Kurzem im Reichstage einen Initiativantrag behufs Verwirklichung des Achtstundentages eingebracht, der, wie vorausgesehen war, abgelehnt wurde, um einer Zentrumsresolution, die von der Regierung bloß Untersuchungen und Erhebungen behufs Verkürzung der Arbeitszeit forderte, zur Annahme zu verhelfen. Aber der Schwerpunkt der Achtstundebewegung soll auch garnicht in parlamentarischen Attacken liegen, wenn die Eröberung der Gesetzgebung für diesen Schritt auch das vernünftige Ziel der Bewegung darstellt. Vielmehr soll die Bevölkerung mehr als bisher für diese Reform gewonnen und zur Theilnahme erwärmt werden. Die Forderung des achtstündigen Normalarbeitstages soll auf dem Resonanzboden einer unüberwindlichen Volksbewegung vor die Regierungen und das Parlament hintreten, sie soll zum nächsten praktischen Ziele gemacht werden, ohne damit die weiteren Forderungen preiszugeben. Sie soll in praktischer Propaganda zum Einigungsmittel der gesamten Arbeiterklasse, zum Zerlegungsmittel für die bürgerlichen Parteien werden, deren Arbeitergefolgenschaften nur durch das Versprechen sozialer Reformen in jenen Reihen festgehalten werden. Gerade die bisherige Unzulänglichkeit der parlamentarischen Initiative, die auf die Bourgeoisparteien nicht die genügende Wirkung ausübt, hat die praktische Massenpropaganda zur dringlichsten Nothwendigkeit gemacht, und so wenig ein Vorwurf gegen irgend welche Organe bezüglich der Achtstundebewegung erhoben werden soll, weil die bisherige Situation weit mehr zur Abwehr, als zu angriffsweisem Vorgehen drängte, so wenig läßt sich nunmehr eine weitere Verharrung in der bisherigen Taktik und im Stadium der mehr akademischen Erörterung rechtfertigen. Die Kräfte entfalten und die Verwirklichung beschleunigen, das heißt nicht, das Schlagwort und die Kampfesphrase zum Panacée erheben, sondern vielmehr mit denselben aufräumen, an Stelle der berausenden Nebelgebilde die ernste Möglichkeit und den wahrhaften Ernst setzen und die vorübergehend begeisterter Massen zu thätigen Kämpfern erziehen, welche Willens sind, für ihre Ueberzeugung auch große Opfer zu bringen.

Nun wird man gewiß einwenden, ob damit Propaganda für den Achtstundentag überhaupt angebracht ist, wo wir noch nicht einmal den zehnstündigen Maximalarbeitstag haben und namentlich im Bäckergewerbe selbst die Durchführung des zwölfstündigen Maximalarbeitstages auf unvorhergesehene Schwierigkeiten stößt, so daß selbst von dieser kaum den Namen einer Reform verdienenden Maßregel Rückschlüsse in Aussicht gestellt sind? Selbstredend ist unter solchen betäubenden Umständen eine sofortige Durchführung des Achtstundentages, besonders in den zurückgebliebensten Berufen, die noch heute 12—15 Stunden täglich arbeiten, nicht zu erwarten; aber ebensovienig kann uns der Widerstand gewisser Ausbeuterkreise und ihrer Parlamentsvertreter zur Preis-

gabe einer Forderung veranlassen, die schon deshalb aufrecht erhalten werden muß, weil sie den Ansprüchen der Wissenschaft und Gerechtigkeit entspricht und auch bei den entwickeltesten Berufen noch eine Besserung bedeutet. Sie ist das vorläufige Endziel der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung und hat für die zurückgebliebenen Berufe auch die Bedeutung als solches auf dem Wege allmählichen Vorwärtsschreitens. Ihr Inhalt ist die Arbeitszeitverkürzung und deren gesetzlich maximale Begrenzung überhaupt, und diesen Inhalt im Sinne der Näherführung des Endziels zur Geltung zu bringen, ist der Zweck der Achtstundebewegung. Die letztere wird daher auch für diejenigen Arbeiter keineswegs interesselos, welche jetzt noch bedeutend länger arbeiten und dieses Endziel in näherer Zeit kaum zu erreichen wagen. Im Gegentheil haben diese gerade ein höheres Interesse an ihr, weil ihr Fortschreiten zunächst den allernachtheiligsten Berufen entscheidende Besserungen bringt und eine Gleichstellung mit den übrigen herbeiführt, die sie sonst niemals erreichen würden. Dann aber ist es auch notwendig, die gesamte Arbeiterklasse einheitlich um die eine gemeinsame Forderung zu schaaren, und das muß eine Reform sein, die Allen Vortheile und Niemand Nachtheile in Aussicht stellt. Und da alle Einzelforderungen, die bloß kleine Kreise befriedigen, die Kräfte zersplittern und die Gesamtbewegung aufhalten, so verbietet sich die Verfolgung kleinlicher Reformen ganz von selbst. Je vorsichtiger sich die Arbeiterklasse auf die Forderung des zwölf- oder zehnstündigen Maximalarbeitstages beschränkt, desto länger zieht sie die Erringung des Achtstundentages hinaus, während die energische und unausgesetzte Propaganda des letzteren die abschlagsweise Zusage des Zehn- und Neunstundentages ganz von selbst herbeiführt. Dies ist auch der Grund, weshalb die sozialistische Reichstagsfraktion strikte an der Forderung des Achtstundentages festhält, trotz der Isolirtheit ihres Standpunktes und auch dann, wenn sie bei weniger weitgehenden Forderungen an anderen Parteien Unterstützung fände. Je entschiedener sie das Prinzip der Arbeitszeitregelung vertritt, desto eher wird sie die Mehrheitsparteien und Regierungen zu Konzessionen nöthigen. In prinzipieller Hinsicht, wie in praktischer Propaganda, müssen wir also nach wie vor an der Forderung des Achtstundentages festhalten, gleichviel, ob derselbe unvermittelt oder erst nach mehreren Abschlagszahlungen zu erreichen ist.

Selbstverständlich werden Abschlagsreformen von uns allezeit bereitwillig entgegengenommen und im Nothfalle auch durch Kampf durchgesetzt und nach Kräften vertheidigt, wie wir auch die arbeitslose Zwölfstundebewegung der Bäcker vertheidigen; aber das ändert nichts an unseren weiteren Forderungen. Die Arbeitszeit soll aber nicht bloß maximal begrenzt, sondern auch zeitlich geregelt werden, derart, daß die Nachtarbeit verboten und bestimmte Pausen zur Erholung innegehalten werden. Wir verlangen also den Normalarbeitstag ohne Nachtarbeit und bekämpfen daher ebenso entschieden auch den ununterbrochenen dreischichtigen Tag- und Nachtbetrieb, der die Arbeitszeit bloß verdichtet, ohne die graduelle Ausbeutung zu mildern. Wir verkennen nicht, daß der kontinuierliche Betrieb heute, unter der Herrschaft der beinahe schrankenlosen Ausbeutung, für manche Industrien und besonders für Einzelbetriebe, die 8stündige Schicht einführen wollen, zum Zwangsgebot wird, und ebenso wenig, daß er vereinzelt den Arbeiter eine relative Besserung gegen früher bringt. Aber er wälzt die Kosten der Arbeitszeitverkürzung auf die Schulter der Arbeiter und schafft daher keine gründliche Reform, sondern vertagt die Entscheidung durch Hinausschiebung der erhofften Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung. Er

verhindert jede Entlastung der Arbeiter und zerstört damit alle Hoffnungen auf erhöhte Einstellung von Arbeitskräften und Verringerung der Reservearmee. Sobald die Arbeitszeit allgemein beschränkt und geregelt wird, fällt auch der letzte Grund hinweg, den Großbetrieben eine Ausnahmestellung einzuräumen, soweit nicht rein technische Urjagen dafür sprechen.

Ebenso ist es notwendig, die alte nehmende Tendenz der Arbeitszeitverkürzung aufhebende Tendenz der Erhaltung der Lohn im Auge zu behalten, durch welche der Arbeiterfreundliche Unternehmer ebenfalls den Arbeiter von den Kosten der Reform aufbürdet und dabei noch ganz außerordentliche Ersparnisse erzielt. Dies erklärt, weshalb sich manche Unternehmer so sehr für die Halbtagarbeit begeistern, und der Berliner Jalousiefabrikant Freese gestand offen zu, daß er das Achtstundenerperiment kaum jemals gewagt haben würde, wenn in seiner Fabrik nicht Akkordlöhne herrschten, die ihm jede Kostenersparnis ersparten. Wenn wir auch zugeben, daß die Möglichkeit, durch den Dreischichtenbetrieb und Akkordlöhne den Achtstundentag vortheilhaft einzuführen, manchen Unternehmer zum eifrigen Förderer von Reformen macht und daß manche Arbeiter eine Verkürzung ihrer Arbeitsleistung auf kürzere Arbeitszeit sehr gut vertragen können, so wollen wir doch vor Allem eine Entlastung der Arbeitenden und eine Mehrleistung der Feiernden, und wir fordern deshalb auch von den Unternehmern Opfer für die Reform, sei es durch Garantie des vorherigen Wochenlohnes oder durch Erhöhung der Stücklöhne, derart, daß der Arbeiter nicht durch die Reform zu größerer Kraftverwendung als vorher gezwungen wird. Wenn aber der Arbeiter in kürzerer Arbeitszeit nicht intensiver arbeitet als früher, und wenn infolge der höheren Löhne auch der Konsum und damit der Marktbedarf steigt, so müssen notwendig mehr Arbeiter als bisher eingestellt werden, und damit kommt der eigentliche Zweck der Arbeitszeitverkürzung zur vollen Geltung.

Ueber den sechsten deutschen Bädertkongreß

Berichtet Herr v. Gerlach in der „Zeit“ in recht sachlicher Weise, desgleichen über den Eindruck, welchen die Kongreßverhandlungen auf ihn gemacht haben. Der Herr findet es unbegreiflich, daß auf dem Kongreß so wenig deutsche Bäder vertreten waren; nur ein kleiner Prozentsatz der großen Zahl im Vereine thätigen Personen. Auch wir hätten gewünscht, daß nach der regen Agitation für Beischickung des Kongresses, die von den organisierten Kollegen unternommen war, mehr Erfolge erzielt worden wären; was nun aber in Betracht ziehen, mit welchen Schwierigkeiten gerade in unserem Berufe es rechnen ist, um die Masse der Indifferenten für alle interessierenden Fragen zu begeistern, und welche Misconceptions ferner von Seiten der Innungen vertrieben werden, eine Beischickung des Kongresses seitens unzähliger Städte unmöglich zu machen. Sind doch bisher, wo es nur irgend möglich war, die Delegirten des Kongresses, eben wieder in der Heimath angekommen, sofort von der Innungsleitung gemahnt, aus der Stuhl ihrer Thätigkeit verjagt worden. Trotzdem war die Zahl der vertretenen Städte des diesjährigen Kongresses die bedeutendste bisher als aller seiner Vorgänger und damit können wir zunächst befriedigt sein.

Herr v. Gerlach stellt den Theilnehmern das Zeugnis aus, daß sie Alle befreit waren, stets in ruhigen, sachlichem Tone in die Debatte einzugreifen, und tadelt nur, daß seitens der meisten Delegirten zu viel Kleinram in die Verhandlung, durch welche doch prinzipielle Entscheidungen für die Bäder Deutschlands getroffen werden sollten, hineingetragen wurde, und hierin können wir dem Herrn vollständig zustimmen, denn dadurch, daß bei jedem Punkt seitens der Delegirten lange Situationsberichte aus ihren örtlichen Verhältnissen vorgetragen werden, wird die Zeit eines Kongresses unnütz vergeudet. Die Theilnehmer einer solchen Zusammenkunft müssen sich bescheiden, nicht nur das große Ganze im Auge zu behalten. Herr v. G. bedauert, daß die Bäder nicht einmal in der Lage sind, zur Vertretung ihrer Rechte (des Maximalarbeitsstages) auch an die vornehmste, wenn auch zweifelhafte Pforte der Arbeiterklasse, den Centralrat, zu denken, und sagt: „Denn“.

Die Entwicklung des Vorstandes der Resolution, die angenommen wurde, beweist schon recht viel. Ich finde es, daß die Abänderung der Bäderverordnung zu bekämpfen sei, und zwar durch einen Centralrat aller Bäder Deutschlands. Dann wurde von dem Antragsteller selbst hinter „war, das Bescheidene und doch so viel lauge Wörtchen „eventuell“ eingeschoben. Aber auch das erschien als zu weitgehend. Und es wurde denn nach langen Verhandlungen Unterhandlungen auch der Centralrat“ ausgesetzt und durch die Ausdrücke „Arbeitszeitverkürzung und Konsum“ ersetzt. Daran geht hervor, daß die „eventuelle“ Antwort auf die Beischickung oder Beischickung der Innungen nicht der Centralrat, sondern nur die Arbeitszeitverkürzung in den etwa als geeignet befundenen Orten sein wird. Sehr bescheiden, in der That! Und doch konnten es sechs Vertreter nicht vor ihrem Gewissen verheimlichen, selbst dafür zu stimmen. So vergewaltigt erscheint uns die Lage ihres Standes. Der Vertreter der Dresdener Bäder, Herr Humann, wies mit feiner unerschütterlichen Geduld — den Herren Kollegen, der Innungen Organisation, der Klasse der Heilbäder, den Mangel an Starbesessenen bei so vielen Berufsgenossen — die Unmöglichkeit eines Streiks nach. Und wie in Sachen, so sieht es fast überall aus. Wir haben gesehen in kaum sechs Städten die Bädereigenen überhandnehmen, und selbst dort wäre ihr Erfolg sehr zweifelhaft.

Es ist gewiß nicht erstreblich, so etwas zu verhindern. Es wäre mir weit lieber, wenn die Innungen etwas Stärkeres sagten könnten. Aber die Innungen sind allerlei Trümmern nachhängend, in der Innung, als wenn man der Wahrheit, mag sie auch so unangenehm sein, nachzugehen steht. Die Bäder haben die Kraft in der Lage, aus eigener Kraft die Erträge der Innungen zu erhalten oder gar zu vermehren. Und so dürfen nicht die Pflicht an die anderen Arbeiter und an die Allgemeinheit heran, ihnen zu Hilfe zu kommen.

Nachdem der Herr eingehend die vorgetragenen Uebelstände geschildert hat, welche das Volk und Logiswesen beim Arbeitergebet, wie es heute noch in unserem Berufe mode ist, mit sich bringt, richtet er folgenden Appell an das konsumierende Publikum: „Aber auch das Publikum hat ein entschiedenes eigenes Interesse daran. Die Zukunftsgegenstände, unter denen heute noch ein großer Theil unserer Bedürfnisse zu Stande kommt, sind, um es mit einem Worte zu sagen, eine große Schweineerei. Ich bitte dringend um Verzeihung wegen dieses unparlamentarischen Ausdrucks. Aber unethische Dinge kann man nicht mit ästhetischen Namen bezeichnen. Jede Abschmückung des von mir gewählten Ausdruckes wäre eine wissenschaftliche Entstellung der Wahrheit. Das wird mir jeder Sachkenner bestätigen. Ich warte meine Behauptung mit zahllosen Beispielen belegen. Aber ich will nicht ohne Noth meinen Lesern ihr Brot und ihre Semmeln verfeinern. Wer sich für die Sache interessiert, sei auf die Fachliteratur verwiesen. Schuld an diesen Zuständen ist neben der übermäßigen Arbeitszeit vor Allem der Umstand, daß die Gesellen bei den Meistern essen und schlafen.“

Sozialpolitisches.

* Internationaler Kongreß für Arbeiterschutz, Zürich 1897. Durch Beschluß des Schweizerischen Arbeitertages in Biel am 3. April 1893 ist der Bundesvorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes beauftragt worden, einen internationalen Kongreß für Arbeiterschutz einzuberufen. Dieser Kongreß soll allen Vertretern von Arbeitervereinen ohne Unterschied der politischen oder religiösen Richtung offen stehen, die das Eingreifen des Staates zu Gunsten der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit, besondere Schutzbestimmungen für Frauen, junge Leute und Kinder als berechtigt, notwendig und dringlich betrachten und sich verpflichten, an ihrem Orte für das Inkrafttreten dieses Arbeiterschutzes ernstlich zu wirken.

Der Kongreß wird vom 23. bis 28. August 1897 in Zürich stattfinden. Als Tagesordnung sind folgende Punkte aufgestellt:

1. die Sonntagsarbeit;
2. die Arbeit der Kinder und jungen Leute;
3. die Arbeit der Frauen;
4. die Arbeit erwachsener Männer;
5. die Nachtarbeit und die Arbeit in gesundheitsgefährdenden Betrieben;
6. Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes.

Alle Korrespondenzen an das Organisationscomité wolle man adressiren: An das Schweizerische Arbeiterssekretariat in Zürich.

Bewerkschaftliches.

* Dritter Verbandstag des Verbandes der Konditoren am 20. und 21. April in Gera. Der Verbandstag setzt sich aus sieben Delegirten, zwei Vertretern des Vorstandes und dem Vertreter des Ausschusses zusammen. Außerdem waren der Reaktor der „Einigkeit“, Käppler, Altenburg und noch drei Delegirte der Müller zugegen. Dem Vorstandesbericht entnehmen wir: Der Verband hat z. B. 17 Zahlstellen mit 400 zahlenden Mitgliedern. Seit dem letzten Verbandstage zu Nürnberg (2. und 3. Juni 1895) sind große Veränderungen innerhalb des Verbandes nicht vorgekommen, ebenso sind Beschwerden über die geschäftliche Leitung des Hauptvorstandes weder von Seiten der Zweigvereine, noch von Seiten des Ausschusses, ausgenommen die Urabstimmung über die Organfrage betreffend, eingelaufen. Die geschäftlichen Angelegenheiten des Zentralvorstandes wurden in 24 Sitzungen erledigt. Zur Korrespondenz kamen 1426 Postsendungen, als Briefe, Karten und Kreuzbandendungen. Eingegangen sind 432 Briefe, Karten und Kreuzbandendungen. In der Organfrage wurde dem Zentralvorstand die Ermächtigung erteilt, indem die Bäder vorläufig davon Abstand nahmen, mit den Müllern ein gemeinsames Blatt — „Einigkeit“ — zu schaffen. In erster Zeit hat das Organ den Erwartungen nicht entsprochen, was den Antrag Berlin, eine Urabstimmung über die Meinung in den Mitgliedschaften herbeizuführen zur Folge hatte. Das Resultat der Urabstimmung war: für das alte Organ 167 Stimmen, für die „Einigkeit“ 73. Vom Ausschusse wurde Einspruch gegen die Urabstimmung erhoben, derselbe berief sich auf das Statut und befürwortete, die Sache solle der jetzige Verbandstag erledigen. Betreffend Agitation, wurden die Verbandstags-Beschlüsse ausgeführt, jedoch konnte eine größere Agitation nicht unternommen werden, indem die Mittel zu knapp waren. Die Stellenvermittlung wurde gegründet und hat der Erfolg den Erwartungen nicht entsprochen.

Nachdem verlas der Hauptkassierer Kämppler den Kassierenbericht, der gedruckt vorlag. Die Einnahme stellt sich auf M. 3355,98, die Ausgabe auf M. 3164,87. Nachdem die Revisoren die Belege mit den Hauptbüchern geprüft und vollständig für richtig befunden, wurde dem Gesamtvorstand einstimmig Decharge erteilt. Da das Material über die Statistik sehr verspätet eintraf, konnte erst jetzt ein Ueberblick darüber gemacht werden. Schluß Berwertung der Statistik wurde angeregt, dieselbe als Brochüre herauszugeben, jedoch wurde der hohen Kosten wegen davon Abstand genommen und ein Antrag von Berlin: „Die Statistik im Zusammenhang als Extra-Beilage in verstärkter Auflage erscheinen zu lassen“, angenommen.

Darauf wurde die Frage der Verschmelzung berathen und erklärten sich alle Delegirten dafür. Es wurde beschlossen, die Beiträge im Jahrsbeitragverband auf 15 M wöchentlich zu belassen, sollten aber in der gemeinsamen Berathung 20 M beschlossen werden, würden sich dem auch die Konditoren fügen. Sodann wurde beschlossen, zunächst Bericht einzuholen, wie weit die Verschmelzungsforderung bei den Bädern gebilligt sei. Da dort aber der Antrag Kreichmer, erst eine Urabstimmung über die Verschmelzung vorzunehmen, angenommen war, war man der Ansicht, daß nun die Verschmelzungsforderung wieder in weite Ferne gerückt sei, und gelte es nun, den eigenen Verband weiter auszubauen.

Nürnberg brachte ganz neue Statuten. Der Kardinalpunkt, Erhöhung der Beiträge auf 30 M und obligatorische Einführung der Unterstützung an arbeitslose und arbeitsunfähige Mitglieder, wurde angenommen. Die Karenzzeit wurde auf 52 Wochen festgesetzt. Unterstützung gibt es 40 Tage und zwar vom dritten Tage an pro Tag 20 M. Der Verbandstag beschloß, das sämtliche im alten Statut vorgezeichneten Unterstützungen vom 15. Mai 1897 bis 15. Mai 1898 von den Etanahmen der Lokalverwaltungen gedeckt werden. Des Weiteren beschloß der Verbandstag, daß die Zentralverbandesmitglieder nach Inkrafttreten des neuen Statuts sich demselben anzupassen haben. Sterbegeld wird nach drei Jahren M. 50 und an weibliche Mitglieder die Hälfte gezahlt.

Betreffs des Organs ver sprach Käppler, verschiedenen Anregungen Rechnung zu tragen. Annoncen sollen kleiner und häufiger in Blatt erscheinen. Der Lam-Lam betreffs der Hochzeiten- und Geburtsanzeigen der Müller ist thunlichst einzuschränken. Annoncen müssen vor der Aufnahme bezahlt werden. Annoncen- und Abonnementsgebühren gehören zu zwei Dritteln dem Müller- und zu einem Drittel dem Konditorenverband. Auch wurde ein Antrag angenommen, Redaktion, Druck und Expedition in Nürnberg zu vereinigen, wenn der Druck nicht höher zu stehen kommt, und soll innerhalb dreier Monate mit Genossen über eine Auseinandersetzung auf gütlichem Wege stattfinden. Der Redakteur übernimmt in Zukunft die Verantwortung für alle Einblendungen. Berathungsberichte sind thunlichst einzuschränken; dagegen ist der Redakteur zu unterstützen in dem Bemühen, die elenden Zustände in den Bädern an das Tageslicht zu bringen. Gewerbliche Streitigkeiten, sowie interessierende Artikel, die in der Tagespresse stehen, auch in's Fachblatt aufzunehmen.

Aus praktischen Gründen ist der Hauptvorstand und Kassierer in einer Person vereinigt und wird Böld-Hamburg als Zentralvorstand und Hauptkassierer gewählt. Der Ausschuss, dessen Rechte verschiedentlich erweitert wurden, hat seinen Sitz in Nürnberg. Einstimmig wurde beschlossen, den Zentralvorstand mit 6 Pkt. der Einnahmen zu vergüten.

Zur Diätenfrage wurde ein Antrag angenommen, M. 6 Tagespfeifen, Fahrt in dritter Klasse und den veränderten Arbeitsverdienst zu gewähren. Saaje-Berlin fand den Satz von M. 6 zu hoch, er wurde jedoch gegen die Stimmen Berlin und Apolda angenommen.

Kämppler spricht seine Freude darüber aus, daß die Konditoren mit den besten Absichten, etwas Ordnung zu schaffen, nach Gera gekommen und in der Sonntagsfrage mit den Müllern einig sind. Durch die Latri einzelner Bäder-Delegirten wollen wir uns nicht beirren lassen, sondern fleißig an der Organisation weiter bauen. Die Mitglieder sollen ihn unterstützen und wir werden immer weiter kommen. Böld sagte zum Schluß: Hochwichtige Beschlüsse sind auf dem dritten Verbandstage in Gera angenommen; mögen einzelne Mitglieder nicht mit uns übereinstimmen, wir haben das Wohl der gesamten Masse im Auge gehabt. Es ist ein Sprung von 16 auf 30 M, wenn aber die Mitgliedsbücher in die Hände der Verbandskollegen gelangt sind und diese die Statuten geprüft haben, so werden sie den Vortheil herausfinden. Die Mitgliedschaft wird eine stabilere und keinem Laubenschlag ähnlicher werden. Mit einem herzlichen Lebewohl und dem besten Dank an die lieben Genossen in Gera schloß am 20. April, Abends 7 Uhr, Böld den dritten Verbandstag.

Um eine wirksame Kontrolle der Bädereien betr. Einhaltung des Maximalarbeitsstages und der Sonntagsruhe unmöglich zu machen, scheuen die Herren Innungsgrößen vor keinem Mittel zurück. So wurde der Vertrauensmann für Wilhelmshagen, der den Herrn Cordes daselbst wegen Uebertretung der Sonntagsruhe zur Anzeige gebracht hatte, von diesem Herrn wegen angeblich widerrechtlich Betreten seiner Behausung und wegen unerlaubten Sammelns zur Deckung des Defizits vom Fajenarbeiterstreik verklagt! — Geschäftliche Vortheile dürfte dieser Bädermeister, der seine Bäckerei nur für Arbeiterkundschaft betreibt, wohl aus dieser Lage nicht ziehen!

* Besondere Fürsorge seitens der Polizei erkennen sich die Kollegen in G. ö. a. M. Beim Abhalten ihres ersten Stiftungsfestes wurde die Aufführung des lebenden Bildes: „Durch Kampf zum Sieg“ unterjagt und dem amnestierten Kollegen ferner anheimgelassen, in der Feste nichts „Politisches“ zu berühren. Das Stiftungsfest verlief auch ohne politische Feste und ohne lebendes Bild zu aller Zufriedenheit. Aber auch das Abhalten von Versammlungen im Vereinslokal wurde unterjagt, weil dieses „zu klein“ sei! Es geht doch nichts über die Fürsorge der heiligen Hermandad, die, weil sie weiß, daß die Bädereigenen in ihren Arbeits- und Schlafräumen genügend zusammengebracht werden, wenigstens dafür sorgt, daß dies in Versammlungen nicht vorkommen kann.

* Welche Nickerarbeit und noch bevorzucht, die große indifferente Masse unserer Kollegen aufzuklären und sie dem geistverdummenden Schutze ihrer Innungen, der Innungen, zu entreißen, zeigt wieder einmal so recht drastisch eine Notiz aus der „Mainzer Volksstimme“; da heißt es:

„Die Dummen werden nicht alle. Die Bädereigenen von Worms haben in einer Versammlung eine Eingabe an das Großh. Ministerium in Darmstadt beschlossen, worin sie daselbst eruchen, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß die Bäderei-Verordnung aufgehoben werde. Als Gründe werden angegeben, daß die Bädereigenen von Worms stets zufrieden gewesen seien, daß bei zwölfwündiger Arbeitszeit keine Zeit zu genügender Ausbildung der Lehrlinge übrig bleibt und daß die Gesellen selbst einmal Meister zu werden hoffen. — Diese Eingabe wurde von circa 70 anwesenden Gesellen unterzeichnet; nur ein einziger der Anwesenden war dagegen. O sancta simplicitas! Die Dummheit ist eine Gabe Gottes, mit der die Wormser Bädereigenen reichlich gesegnet zu sein scheinen.“

* Herr Obermeister Herbst aus Halle erstattet folgenden „objektiven“ Bericht über eine halbtägige öffentliche Versammlung der Bädereigenen von Halle:

„Schon wieder einmal magt sich ein Treiben der sozialdemokratischen Partei bemerkbar, indem sie Agitatoren zu den Bädereigenen verschiedener Städte schickt. Diese Herren reden gegen die Aufhebung des Maximalarbeitsstages und suchen die noch zu den Meistern haltenden Bädereigenen gegen diese anzuhängen. Die Herren Agitatoren bewegen sich dabei in ihren Auslassungen durch die Freizügigkeit gegen die Meister, indem sie deren Aussagen und Behauptungen als verlogen und unwahr hinstellen. In Halle a. S. trat am 13. April im „Neuen Theater“ ein Bädereigener B. Peyer aus Leipzig auf, der mit der vom Abgeordneten Weber erstrebten Arbeitszeit sprach. Er kritisierte dabei recht abfällig die Bädereien und zog über Gesellen und Lehrlingskassierer los und über die traurigen Wohnverhältnisse.“

Sein Hauptwerk war nun, alle diese Punkte aus der Welt zu schaffen und zu versuchen, die Bädereigenen in Halle zu einem Zusammenschluß zu bewegen, sie in das sogenannte Arbeiterkassen zu bringen und Delegirte zum Bädertkongreß nach Gera zu wählen.

Nach seinem interessanten Vortrag, wie solcher von den Agitatoren für Geld zu erlangen ist, fragte nun der Vorsitzende Thiele, Redakteur des „Volksblattes“, wie sich die Herren Gesellen von Halle zu den Ausführungen des Redners stellen und ließ über den Antrag abstimmen. Nicht ein einziger Geselle stimmte für die Beischickung des Kongresses. Der Obermeister rief seinen Gesellen ein Bravo zu.

Bei der sich nun entzündenden Debatte meldete sich auch Obermeister Herbst. Auch mehrere Gesellen sprachen sich gegen den Maximalarbeitsstages aus und erwähnten dabei, daß

...alle nicht der Ort wäre, wo über die vorgeschriebene Zeit hinaus gearbeitet würde, und wenn es auch wirklich an einigen Tagen im Jahre vorkäme, so gäbe es doch wieder mehrere Tage, an denen recht viele Ruhestunden wären; ein ordnungsliebender Geselle möchte wohl keinen Gebrauch davon, nach dem Vollzeitsfuß zu rufen, weil doch jeder ordentliche Geselle auch einmal Meister werden will.

Der Herr Agitator erlaubte sich dagegen Einiges zu erwidern, doch blieben die Choruse usw. nicht aus, so daß der Vorsitzende sich erlaubte, einen Gesellen aus dem Lokal zu verweisen. Sofort trat der Obermeister auf, daß man so etwas entschließen nicht dulden könne. Es sei überhaupt schade gewesen, hier die Zeit wegen des vorgebrachten Kumpfes zu verbringen. Er sagt: „Wir gehen jetzt Meil“ und sofort war der Saal geräumt. Die Herren verhandelten dann vor leeren Stühlen und Tischen.

Offenlich ergeht es den gewerkschaftlichen Agitatoren in anderen Städten ebenso und die Gesellen lassen sich nicht einfangen. Wohl sämtliche Meister im deutschen Reich sind gegen den uns aufgedrungenen Maximaltag, und es ist um so eher zu hoffen, daß derselbe wieder aufgehoben wird, wenn auch möglichst alle Gesellen dagegen stimmen.“

Herr Herbst kann sich beruhigen; die Worte, die ihm vergangenes Jahr der Referent in einer ebenfalls durch die geistige Beschränktheit der dortigen bedauernswürdigen Kollegen verunglückten Versammlung zurief: „Wir werden wiederkommen!“ werden in Erfüllung gehen und die organisierten Leipziger Kollegen werden nicht früher ruhen, bis sie das Eldorado des Herrn Herbst in ihrer Nachbarstadt Halle zerstört haben.

* Aus Mainz. In der am 7. Mai stattgefundenen Generalversammlung der Bäderinnung kam es, wie die „Frankf. Rtg.“ meldet, wieder zu einem Tumult. Es sollte eine Ergänzungs- wahl vorgenommen werden, wozu die bestehende Opposition ein Flugblatt ausgegeben hatte, in dem außer einem Wahl- vorschlag ein Angriff auf den Vorstand enthalten war, dem Unfähigkeit und Vernachlässigung der Innungsinteressen vor- geworfen wurde. Als Obermeister Küberich diesen Angriff in scharfer Form zurückwies, entstand ein großer Tumult, so daß an ein Weitergehen nicht gedacht werden konnte. Der Vorsitzende erklärte, der gelammte Vorstand lege sein Amt nieder und werde die Bürgermeisterei als Aufsichtsbehörde davon verständigen. Damit schloß er die Versammlung.

Befanntlich erlebte die Wohlthätige Bäderinnung zu Mainz im vergangenen Jahre dasselbe Schauspiel, und gelang es damals Herrn Küberich, den Miß nichtdürftig zu verkleinern! Ob ihm dies auch jetzt wieder gelingen wird? Eingeweihte sind der Meinung, daß jetzt die Innung „schlafen“ geht. Unseren Segen hat sie im Voraus dazu!

* Goldener Boden des Bäderhandwerks. Die „Frankfurter kleine Presse“ berichtet: „Ein Bäder, der hier eine Bäderei gekauft hatte, behauptete, er sei getäuscht worden, und strengte deshalb einen Prozeß an. In diesem Prozeß machte ein als Sachverständiger geladener Bädermeister interessante Angaben über den Ertrag im Bäderhandwerk. „Mein Geschäft“, so führte der Sachverständige aus, „wird kaufmännisch geführt. Alles wird gebucht, so daß ich mir ein genaues Bild über die Rentabilität eines leiblich gut gehenden Geschäfts machen kann. Ich habe voriges Jahr an Schwarzbrot und mürben Backwaren netto M. 6144, an Brötchen usw. M. 10 950 verdient, zusammen M. 17 094 netto.“ „Darf man das zu Protokoll nehmen?“ fragte der Richter. „Jawohl“, lautete die Antwort, „ich habe ja meine Steuer davon bezahlt. Ich habe Lage genug, an denen 180 Liter Milch verboden werden. Für 18 Liter Milch pro Tag verboden, heißt einen Nettogewinn von M. 8 machen. Der Kaufpreis von M. 11 000 mit alt eingeführter Kundenschaft ist bei einem Milchverbrauch von 52 Liter pro Tag noch immer ein angemessener.“

Diese Berechnung des Sachverständigen wird bei manchem Kollegen Kopfschütteln hervorbringen, denn in einem Jahre M. 17 000 Nettoverdienst an einer nach den Verhältnissen mittel- deutlicher Städte zwar flotten Bäderei, wird Mancher für kaum glaublich halten! Betrachtet man sich aber die Lebensweise „gutstauter“, das heißt kapitalkräftiger Bädermeister der Groß- städte etwas genauer, und bedenkt auch, daß jene Herren einen großen Prozentsatz beim Fischen, in hohen Wetten, Spielen u. dergl. stellen, so wird man die Ueberzeugung gewinnen, daß ein ganzer Theil dieser Herren mit ähnlichem „standesgemäßem“ Einkommen geeignet sein muß.

Der Handwerkerstag, welcher am 27. April in Berlin stattfand, nahm zu dem von der Regierung im Reichstage beantragten Gesetzentwurf: „Organisation des Handwerks“, folgende Resolution einstimmig an:

„Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 15. März 1897, ist nur annehmbar, wenn

1. eine einheitliche Organisation des gesamten deutschen Handwerks unter Festhaltung der Gliederung in Meister, Geselle und Lehrling in Form von Zwangsinnungen eingeführt, und auch jeder Handwerker, der sein Gewerbe fabrikmäßig betreibt, verpflichtet wird, in dieselben einzutreten. Wo Zwangsinnungen zur Zeit nicht durchführbar erscheinen, sollen freie Innungen mit den Bewilligungen der §§ 100a bis 100m der jetzt bestehenden Gewerbeordnung mit Genehmigung der Handwerkskammern und nach Anhörung der betreffenden Innungs- sachverbände (laut § 104g) geschaffen werden;
2. Meister nur dertjenige sein nennen kann, der den Ver- sähigungsnachweis erbracht hat. Nur ein solcher Meister darf lehren;
3. die Erhaltung, Förderung der Innungs- und Kranken- und Sterbefällen gegenüber den Ortsklassen gesichert und ge- währleistet wird.“

Die Herren haben sich nun einmal in den Bahn hinein- getrieben, daß durch die Zwangsinnungen der „goldene Boden“ des Handwerks wieder errungen werden könnte. Selbstverständ- lich nahmen unsere bekannten Herren Bernard und Hinemann Gelegenheits, auch hier ihr geliebtes Stedenpferd zu reiten und gegen den Maximalarbeitstag loszuquicken. Auch hierzu wurde eine Resolution gefaßt, die die Regierung ersucht, den Maximal- arbeitstag aufzuheben, wenn sie vermeiden will, daß Meister und Gesellen in scharfe Opposition zueinander gerathen und schließlich beide Parteien in's Lager der Sozialdemokratie ab- schwanken.“ — Ein Gaudium würde es für uns sein, die dick- häutigen Herren an die Thore der Sozialdemokratie anklopfen und um Einlaß bitten zu sehen!

* Zur Frage: „Abschaffung der Nachtarbeit“ schreibt unser Schwelgerorgan, „Die Amerikanische Bäderzeitung“: „Der letzte englische Gewerkschaftskongreß faßte einen Beschluß zu Gunsten des Achtstundentages und der Abschaffung der Nacht- arbeit im Bädergewerbe, und in der Achtstundenvorlage, die jetzt in dem englischen Parlament schwebt, wird diesen Forde-

rungen Ausdruck verliehen. Auch hier zu Lande wurde auf unseren Verbandskonventionen schon zu wiederholten Malen der letzteren Forderung Ausdruck gegeben. Die Vorstände der Organisationen jedoch behufs deren Verwirklichung schlugen bis jetzt fast ausnahms- los fehl. Während die Erzielung der Tagarbeit im Gewerbe als eine unserer särnehmsten Bestrebungen betrachtet werden muß, bleibt es aber Thatfache, daß wir in keiner Forderung an die Arbeit- geber auf eine gleich bittere Opposition stoßen, als wenn sich der Backstube erdreistet, auch für sich der Sonne Licht und Leben und damit die Kraft, die Bildung und die Entwicklungsfähigkeiten seiner Klassenossen anderer Berufszweige zu fordern. Der Klasseninstinkt der Ausbeuter, wenn nicht ihr Fernblick, scheint ihnen zu sagen, wie bedeutungsvoll die durch die Verwen- dung herbeigeführte Revolution in der Arbeits- und Lebensweise und naturgemäß auch der Denkweise ihrer Arbeiter sein würde.

Die Worte zur Menschwerdung, zur Entfaltung der geistigen und physischen Kräfte, die heute in dem Bädereiarbeiter theils existirt, theils in Ohnmacht niedergehalten werden, würde sich dem Sklaven der Backstube erschließen und ihn für immer der Profitgier des gütigen Arbeitgebers entziehen. An der Hand seiner Organisation in ein neues Leben eintrabend, fände sein Wesen keinen Raum mehr für die slavische Unterwürfigkeit von heute, die nur die Frucht seines Unverständes und seiner mora- lischen Haltlosigkeit ist, Elemente, die in der traurigen Nacht- arbeit, in seiner Abgeschlossenheit von der schaffenden, lernenden und kämpfenden Außenwelt, ihre Nahrung finden.

Die Ausbeuter wissen oder fühlen das nur zu gut. Des- halb die Losung, keine Tagarbeit, und ihr erbitterter Widerstand. Auch unsere englischen Genossen werden die Erfahrung machen müssen, daß der Kampf für die Tagarbeit die bedeutungs- vollste Phase der Bäderbewegung in sich schließt, daß diese Forderung das Rabifische ist, was Bäder bis jetzt verlangt haben.

Nicht, daß damit etwa gesagt sein soll, daß man nicht darnach streben, dafür kämpfen soll. Nein, wir wären die Letzten, die die Flinte in's Korn werfen, und sei das Ziel noch so fern. Es sei hier bloß auf die Nothwendigkeit hingewiesen, angesichts einer so radikalen Forderung zuerst die Masse zu organisiren und die Organisation durch Heranbildung und Uebung in minder schwierigen Kämpfen einer Schulung zu unterwerfen, die sie für schwierigere Kämpfe vorbereitet.

Noch haben die Kollegen Großbritanniens und besonders Englands manchen Strauß auszusehen, bis sie ihren Arbeits- lohn und die Arbeitszeit dermaßen gestaltet haben, daß das Ver- trauen, die Macht und der Vortheil der Organisation feste Wurzeln schlägt, und noch manches Rahmwort wird verfallen, bis die Organisation auch in England eine Schaar zuverlässiger Streiter mustert, stark entschlossen und zahlreich genug, die Be- wegung für die Tagarbeit aufzunehmen. Wohl mögen an ein- zelnen Orten temporäre Erfolge errungen werden, wie das auch hier zu Lande der Fall war; als nationale Bewegung wird die Forderung der Tagarbeit jedoch erst dann möglich werden, wenn die Vorstufen zur vollständigen Beherrschung des Arbeitsmarktes im Gewerbe und Schulung der großen Mehrheit unserer Ge- werkskollegen erreicht sind.

Bis dahin jedoch bleibt haben wie drüben die alte Lösung in Geltung, Reduktion der Arbeitszeit und mit ihr im Grunde die Festsetzung einer möglichst einheitlichen Lohnrate, die den Genossen eine erträgliche Existenz sichert und sie zugleich lehrt, die Organisation als das Medium zu betrachten, dem die besseren Zustände zu verdanken sind und deren Förderung und Entwidlung deshalb Eins ist mit jedes Einzelnen Wohl.

* Die Abrechnung über den Hamburger Pfä- arbeiterausstand ist im „Hamb. Echo“ veröffentlicht worden. Es sind insgesammt ein- und ausgegangen M. 1 613 600,82. Darunter befinden sich unter Einnahme M. 262 611 ausgenommene Dar- lehen, und unter Ausgabe M. 75 400 zurückgezahltes Dar- lehen. Die Schuldenlast beträgt demnach M. 187 211. Von den eingegangenen Geldern haben u. a. aufgebracht die Orte:

Köthen M. 1062, Altenburg 1156,10, Kugsburg 1605,62, Berlin 166 525,38, Bochum 2240,75, Bremen 12 064,30, Bremer- haven 6150, Brandenburg 2920, Bant 3895,50, Bielefeld 5480, Breslau 5929, Chemnitz 6778,90, Cassel 2868,65, Dortmund 3705,05, Dresden 24 078 71, Düsseldorf 4751,84, Eberfeld 12 683,87, Effen 2316,27, Elmshorn 1480, Echingen 1010, Erlurt 1300, Flensburg 4160,60, Forst 1432,85, Frankfurt a. M. 18 406,12, Gera 2312,25, Gesehmünde 1400, Götting 1173, Gotha 1087,06, Greiz 1035,08, Halberstadt 1513,71, Hannover 16 099,57, Hastedt und Hemeilingen 1086,05, Halle a. S. 5065, Kiel 11 108,25, Lützenich 1126,60, Leipzig 52 552,74, Neumünster 5200, Nürnberg 18 820,61, Offenbach 1134,69, Ronebrj 1397,32, Roisdorf 6996,35, Stuttgart 16 343,09, Stettin 4682,10, Solingen 5041,16, Witten 1805,32, Wismar 1212,65, 2. Oldenburgischer und 2. hannoverscher Wahlkreis 2000.

Von den Zentralverbänden gingen ein: Bauarbeiter M. 300, Brauer 300, Buchbinder 500, Böttcher 200, Zigarrensortirer 5000, Glasarbeiter 900, Pfaffenarbeiter 7500, Lagerhalter 100, Maurer 4000, Metallarbeiter 6000, Maler 7000, Porzellan- arbeiter 150, Sattler und Tapezierer 100, Stoffarbeiter und Gipser 200, Steinarbeiter 1400, Schneider 1500, Schiffszimmerer 300, Tabakarbeiter 5500, Vergolder 300, Zimmerer 3000, Former 500, Polzarbeiter 3963,66, der in der „Polzarbeiter- Zeitung“ guttritten 2963,66, Land-, Fabrik- und Hülfsarbeiter 1000, Ber. Papier- und Lederwaren-Industrie M. 500.

Das Hamburger Kartell zahlte M. 158 283,44; die drei Hamburger Wahlkreise M. 171 227,61, Altona-Ottensen M. 62 500, Wandsee M. 11 500, Wilhelmsburg M. 3217,27, Harburg M. 1000.

Von den Helfenarbeitern wurden im Streitgebiet auf Witten gesammelt 90 285,77, von Privatleuten auf Witten M. 22 290,71, ferner wurden von Privatleuten, Klubs, Vereinen u. aufgebracht M. 95 244,48.

Das Ausland beitrugte sich mit M. 69 599,72, darunter England mit M. 35 254,53.

Die „Kölnische Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Die Opfer- mi igkeit der Sozialdemokraten bei diesem Ausstande verdient daher die größte Bewunderung. Der Gedanke wäre geradezu abertheuerlich, daß es irgend einer anderen Partei in Deutsch- land gelingen könnte, für irgend einen partiiellen Parteizweck in einem Vierteljahre über 1¹/₂ Millionen Mark aufzubringen. Die Mitglieder der anderen Parteien sind weitaus wohlhabender als die Sozialdemokraten; sie würden aber in Jahr und Tag eine solche Summe nicht für die höchsten Parteizwecke hergeben, geschweige denn für ein vereinzeltes Parteiunternehmen, das im voraus einen sehr zweifelhaften Ausgang erkennen ließ, wie der Hamburger Streik. Die 1¹/₂ Millionen sind aber noch nicht entfernt Alles, was die Sozialdemokraten in der frag- lichen Zeit für ihre Parteizwecke beigetragen haben; es kamen hinzu die Beiträge an die Parteiliste, an so und so viele Vereine, Gewerkschaften u. und Unterstützung für sonstige ausländische Arbeiter. In das Beispiel der „Proletarier“ für die übrigen Parteien, von denen ja auch sehr viel von „Opfer-

willigkeit für die gute Sache“ gesprochen wird, beschämend, so mahnt es zugleich auch, die Sozialdemokratie nicht zu unter- schätzen. Rühmt sie sich auch ohne Grund, die einzige Partei zu sein, die noch Ideale und Idealismus besitzt, so bezengt die Opferwilligkeit doch so viel inneren Schwung und so viel tief- wühlende Kraft, daß man sich nicht einbilden soll, der Sozial- demokratie leicht Herr werden zu können, zumal mit Polizei- mitteln. Eine Partei, die so viel willig für ihre Ziele leidet, ist eine Macht, der man die Existenzberechtigung nicht einfach wegdekretiren soll, wenn man sich nicht lächerlich machen will.“

* Der englische Arbeitsmarkt hat nach den Meldungen, die das Arbeitsamt in der „Labour Gazette“ veröffentlicht, auch im Monat März seine steigende Tendenz beibehalten. Der Prozenttag der von den Trades-Unions als arbeitslos gemeldeten Mitglieder war geringer, als jemals seit dem Herbst des Jahres 1890. Wie gewöhnlich im Frühjahr, so wurden auch heuer viele Streiks gemeldet, die aber alle nur von geringem Umfange waren. Eine große Zahl Arbeiter erlangte eine Erhöhung des Lohnes, hauptsächlich im Bergbau und in der Metallindustrie, und in fast allen Fällen ohne Streik.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug bei den 114 Gewerkschaften, die im März Berichte an das Arbeitsamt einlieferten und die über eine Mitgliederzahl von zusammen 453 963 verfügten, 11 169 oder 2,5 pSt. gegen 3 pSt. im Monat Februar d. J. und 3,6 pSt. im März 1896. Im März 1896 waren 108 Gewerkschaften mit 415 731 Mitgliedern an den Er- hebungen betheiligt.

Neue Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wurden gemeldet 96 mit 29 382 betheiligten Arbeitern gegen 77 Konflikte mit 24 231 Arbeitern im vorhergehenden Monat dieses Jahres und 95 mit 22 000 im März 1896. — Von 96 alten und neuen Differenzen mit 18 375 Arbeitern, die in dem Berichts- monat als beigelegt gemeldet wurden, endeten 32 mit 4036 Arbeitern erfolgreich für diese, 36 mit 6631 Personen erfolglos; 28 Differenzen, bei denen 7708 Personen betheiligt waren, endeten durch Vergleich.

An den Veränderungen der Lohnhöhe waren 172 000 Personen betheiligt; davon hatten nur 2500 einen Rück- gang des Lohnes zu erleiden. Die durchschnittliche Erhöhung des Lohnes beträgt pro Kopf und Woche 8 Pence (65 A). Den Beruf nach waren u. a. betheiligt: 114 700 Beamte, 30 11 000 Bauarbeiter, 15 000 Eisen- und Stahlarbeiter. 2000 Arbeiter mußten die Lohnerhöhung durch Streik erzwingen, 115 000 erlangten sie auf Grund der gleitenden Lohnskala, 55 000 durch Unterhandlung, Einigungsamt usw.

U p e r i s m u s. In einem bestimmten Tage der zweiten Woche des Monats März erhielten in 35 ausgewählten Ge- meinden 335 708 Personen Armenunterstützung. Das macht 214 auf je 10 000 Einwohner oder 7 weniger als im gleichen Monat des Vorjahres.

Versammlungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

Berlin. Die hiesige Mitgliedschaft hielt am 27. April ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Nachdem die laufenden Monatsgeschäfte erledigt, wird zur Wahl von zwei Kassieren erklärt, weil der hauptkassierer wegen Mangel an Zeit sein Amt niederlegt und die vier Hülfskassierer in Wegfall kommen sollen. Es wird gewählt: Höpfer als erster, Baßler als zweiter Kassierer. Alsdann erhaltete Baßler und Sandhoff Bericht von der Generalversammlung. Folgende Resolutionen wurden ein- stimmig angenommen: 1. Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und wird mit aller Kraft für das weitere Gelingen des Verbandes ein- treten. Sie spricht dem Hauptvorstand für sein unermüdeliches und selbstloses Arbeiten der beiden letzten Jahre ihren besten Dank aus. 2. Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Arbeiten ihrer Delegirten einverstanden und spricht ihnen ihre volle Zuredenheit und ihr größtes Vertrauen aus.

Eisenburg. Am 6. Mai fand hier eine Versammlung des Bädervereins „Einigkeit“ statt. Nachdem die Beiträge bezahlt waren, wurde zur Vorstandswahl geschritten, und wurde Kollege Hübnor, der Vertrauensmann der hiesigen Einzel- zahlter des Verbandes, einstimmig als Vorsitzender gewählt. Derselbe nahm die Wahl an und bedankte sich für das von den Kollegen in ihn gesetzte Vertrauen und versprach, stets im Sinne der Mitglieder, nur zum Besten des Vereins handeln zu wollen. In einer künftigen Ansprache an die Kollegen ersuchte er dieselben, so wie er sich ihnen angeschlossen, sollten sie auch nun alle beistehen, dem Verbands beizutreten, denn gerade dem treuen Austritte der Meister den Gesellen gegenüber sei es nothwendig, daß auch die Kollegen der Kleinstädte sich fest zusammenschließen und organisiren. Der Redner erläuterte sodann Zweck und Nutzen des Verbandes, berührte weiter den Maximalarbeitstag und erläuterte die Beschlüsse des kürzlich in Gera stattgefundenen Bädertages. Kollege Henze brachte eine Beschwerde vor über eine Bäderei, in der täglich Ueber- arbeit stattfindet, und es wurde beschlossen, diesen Fall der Polizei zur Untersuchung und Beirathung zu unterbreiten. Seitens aller Kollegen wurde bestätigt, daß sie noch Nichts von einer Revision der Bädereien seitens der Polizei gemerkt haben. Es ließen sich noch einige Kollegen in den Verband aufnehmen und die Anzahl vergrößern, in der am 20. d. M. stattfindenden Versammlung dem Verbands beizutreten.

Frankfurt a. M. Ueber die Bedeutung des 1. Mai sprach Geselle Fischer am 28. April im „Rehrod“. Weiter- befaßl erstete der Redner am Schluß seines Referats. Fol- gende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Bäderversammlung erachtet es als ihre erste und heiligste Pflicht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die kapitalistische Produktionsweise und die Ausbeutung leitens des Unternehmerrthums Front zu machen und mit aller Energie für die Verwirklichung des Achtstundentages einzutreten.“ Der- selbe wurde es zur Pflicht gemacht, die Bormittags- versammlungen zu besuchen; hauptsächlich sollen die Sänger pünktlich erscheinen und sich auch am Nachmittage in Lieb- lichen an der Frier betheiligen. Sodann wurden verschiedene Bädereien bezeichnet, welche die Bestimmungen des Maximal- arbeitstages nicht einhalten. Hervorzuheben sei die Bäderei von Frei, Kleiner Kornmarkt. Der Lehrling, welcher 10 Stunden beschäftigt werden sollte, muß 16 Stunden (von Abends 8 Uhr bis den andern Mittag 12 Uhr) arbeiten; auch werden die Ueberstunden auf der Tafel nicht vermerkt. Da nicht alle polizeiliche Revision nichts, wenn bei Kontrolle dem Beamten von den Arbeitern und Unternehmern falsche Angaben gemacht werden; hiergegen müßte strengt vorgegangen

